



Antrag

der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und SSW

Für eine zeitgemäße Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte an schleswig-holsteinischen Schulen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der Lehrpläne für die in Frage kommenden Fächer (Geschichte, Wirtschaft/Politik, Gemeinschaftskunde, Deutsch, musische Fächer u.a.) darauf zu achten, dass die Strukturierung der Lehrpläne genügend Zeit dafür berücksichtigt, um die Nachkriegsentwicklung Deutschlands, die Ursachen und Folgen der deutschen Teilung, die sicherheitspolitischen und ökonomischen Aspekte des weltweiten Ost-West-Konflikts, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme beider deutscher Staaten, das Leben in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik, die Protestbewegungen im Westen und die Opposition und den Widerstand von Teilen der Bevölkerung in der DDR und in Osteuropa sowie die Überwindung der Teilung vertieft und auch fächerübergreifend zu behandeln;
- bei einer Weiterentwicklung der betreffenden Lehrpläne dafür Sorge zu tragen, dass im Unterricht neben den chronologischen Abläufen auch künftig eine historische Verdichtung z.B. durch die Herstellung von Gegenwartsbezügen, durch die Beleuchtung des regionalen und lokalen Kontextes und durch exemplarisches

Lernen unter Einbeziehung aktueller und historischer Medien möglich und notwendig bleibt;

- Schulen beim Aufbau von Kontakten zu Vertreterinnen und Vertretern der Bürgerrechtsbewegung und den Verfolgten des DDR-Regimes sowie zu Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zu unterstützen, die über das Alltagsleben der DDR berichten und so einen Einblick in die Wirtschafts- und Sozialgeschichte der DDR geben können;
- Schulen zu empfehlen, die Geschichte der DDR zum Gegenstand von über den Fachunterricht hinausgehenden schulischen Aktivitäten zu machen, u.a. im Rahmen des „Lernens an anderem Ort“, insbesondere durch Klassenfahrten zu Gedenkstätten in den neuen Bundesländern bzw. an der ehemaligen innerdeutschen Grenze, ggffls. gemeinsam mit Schulklassen aus den jeweiligen ostdeutschen Partnerstädten stattfinden, um schleswig-holsteinischen wie ostdeutschen Schülerinnen und Schüler die DDR als Bestandteil ihrer gesamtdeutschen Geschichte nahe zu bringen;
- dafür Sorge zu tragen, dass die pädagogischen Serviceeinrichtungen Angebote im Rahmen der Lehrerfort- und -weiterbildung zur Geschichte der DDR unterbreiten, und dabei entsprechende Unterrichtsmaterialien zur Verfügung stellen und Fortbildungen an historisch bedeutsamen Orten bzw. Gedenkstätten in Verbindung mit Zeitzeugengesprächen anbieten. mit der Landeszentrale für politische Bildung zusammenarbeiten.

Begründung:

In diesem Jahr jährt sich die Gründung der beiden deutschen Staaten zum 60. Mal. Vor 20 Jahren wurde in der DDR ein pluralistisches System durchgesetzt, die innerdeutsche Grenze und die Berliner Mauer wurden geöffnet, die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung wurden geschaffen.

Die Geschichte Deutschlands des 20. Jahrhunderts ist geprägt von leidvollen Erfahrungen mit Diktaturen. Das nationalsozialistische Unrechtssystem verfolgte Andersdenkende und sich in der Minderheit befindende religiöse Gruppen. Die Folge war der Völkermord an den europäischen Juden. Der Krieg der Nazi-Diktatur brachte Leid über Millionen von Menschen weltweit und führte letztlich auch zur Zerstörung Deutschlands, zu Vertreibungen und der Teilung des Landes.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die Menschen im Westen Deutschlands die Möglichkeit, Demokratie und freiheitliches Bewusstsein auf der Grundlage des Grundgesetzes erneut zu erleben und zu erlernen. Die Sowjetische Besatzungszone, ab 1949 die DDR, entwickelte sich hingegen sehr bald zu einer Diktatur.

Sie besaß bis 1990 keine demokratische Legitimation durch freie Wahlen. Sie war kein Rechtsstaat mit Gewaltenteilung und unabhängiger Justiz; die Bürgerinnen und Bürger hatten keine Möglichkeit, Rechtsschutz gegen staatliche Maßnahmen zu erhalten.

Statt des Wettbewerbs der politischen Parteien wurden die Konkurrenten der SED durch Zwangsvereinigung oder durch Umwandlung in „Blockparteien“ neutralisiert und instrumentalisiert.

Die Regierenden in der DDR trugen die Verantwortung für den Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze mit 100en von Toten, für Misshandlungen und Hinrichtungen in den Gefängnissen, insbesondere in der Zeit der stalinistischen Säuberungen, für die Niederschlagung des Arbeiteraufstands am 17. Juni 1953, für die Bespitzelung und Erniedrigung der Bürgerinnen und Bürger und die Inhaftierung Tausender von Menschen, die lediglich Anspruch auf ihre unveräußerlichen Menschenrechte erhoben hatten. Gerade die jüngste Vergangenheit war jedoch auch geprägt vom Streben der Bürgerinnen und Bürger nach Freiheit, Demokratie und einer rechtsstaatlichen Ordnung.

Den Menschen im Osten Deutschlands ist es 1989 gelungen, dieses System durch die gewaltfreie Revolution zu beseitigen. Dass es Deutschen gelang, sich erfolgreich für Freiheit, Recht und letztlich Einigkeit einzusetzen, war nicht nur beispiellos in der Geschichte Deutschlands, sondern bedeutete auch die Umsetzung jener Werte, die bereits 1832 auf dem Hambacher Fest gefordert wurden.

Untersuchungen und Erfahrungen zeigen immer wieder, dass vielen – besonders jüngeren - Menschen elementares Wissen über die Zeit zwischen 1949 und 1989 fehlt, das gilt für die politische Entwicklung der Bundesrepublik, aber noch stärker für die der DDR. Dafür trägt die gesamte Gesellschaft, Familien wie Schulen, Massenmedien wie Weiterbildungseinrichtungen, die Verantwortung.

Die Geschichte der Bundesrepublik und der DDR sind in Schleswig-Holstein selbstverständlicher Bestandteil des Lehrplans für das Fach Geschichte und werden auch in anderen Fächern behandelt. Die Schule steht in der Verantwortung, dass Schüle-

rinnen und Schüler ein reflektiertes Bild von der ehemaligen DDR bekommen und auf die Gefahren hingewiesen werden, die ein nachlässiger Umgang mit den Werten der Demokratie und Freiheit nach sich zieht. Fächerübergreifendes Lernen bietet Möglichkeiten, punktuell Analysen zu Unrechtssystemen und daraus entstehenden Dissidentenbewegungen zu erarbeiten.

Susanne Herold
und Fraktion

Cornelia Conrad
und Fraktion

Dr. Henning Höppner
und Fraktion

Anke Erdmann
und Fraktion

Anke Spoorendonk
für den SSW